

Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Finanzen

Berthold Rein, Telefon: 07071-204 1220

Gesch. Z.: 20/903-02 (2012)

Vorlage 810/2011

Datum 03.02.2012

Berichtsvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

zur Kenntnis im:

Betreff: Änderungsliste der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2012

Bezug: Vorlage 800/2011 (Haushaltsplanentwurf 2012)

Anlagen: 1 Bezeichnung: Änderungslisten zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt

Zusammenfassung:

In der beigefügten Anlage 1 sind die seit der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs bekannt gewordenen bzw. derzeit absehbaren wesentlichen Änderungen im Jahr 2012 und im Finanzplanungszeitraum aufgeführt. Die Änderungen ersetzen die entsprechenden Ansätze im Haushaltsplanentwurf. Aus der beiliegenden Anlage 1 ergibt sich eine Erhöhung der Zuführung an den Vermögenshaushalt um 280.810 € auf 16.260.890 €. Die Zuführung an die allgemeine Rücklage erhöht sich leicht auf 50.150 €.

Ziel:

Aktualisierung des Haushaltsplanentwurfs seit der Haushaltseinbringung ohne Kreditaufnahmen und ohne Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung
Die neuen Erkenntnisse seit dem Redaktionsschluss für den Entwurf des Haushaltsplans 2012 sollen in den Haushaltsplan 2012 aufgenommen werden.

2. Sachstand
Die Veränderungen sind in der Tabelle Anlage 1 erläutert. Auf diese wird Bezug genommen.

Antizyklisches Verhalten des Staates in Zeiten guter Konjunktur ist eine wirtschafts- und finanzpolitische Notwendigkeit. Deshalb verfolgt die Verwaltung das Ziel, mit der Änderungsliste keinen Kreditbedarf zu erzeugen und Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage weiterhin zu vermeiden. Die Nichtaufnahme von Krediten bedeutet, dass sich der Kreditstand um die regelmäßigen Tilgungen vermindert.

Durch die Änderungsliste ergibt sich im Verwaltungshaushalt - vor allem durch die geringere Kreisumlage - im Saldo eine um 280.810 € höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt. Der Vermögenshaushalt wird vor allem durch das Darlehen an die Musikschule (222.000 €) und die investiven Maßnahmen für die Kinderbetreuung (190.170 €, Vorlage 9a) belastet.

Die Zusatzkosten im Vermögenshaushalt können durch eine Verminderung des Planansatzes für den Erweiterungsbau Uhlandgymnasium von 4.000.000 € um 250.000 € auf 3.750.000 € ausgeglichen werden. Stattdessen wird eine Verpflichtungsermächtigung aufgenommen, die es ermöglicht, die Vergaben der Bauaufträge wie vorgesehen zu tätigen. Zusammen mit der Verpflichtungsermächtigung für die Änderung der Verkehrsführung im Zinserdreieck (400.000 €) beträgt die neue Gesamtsumme der VE nun 2.950.000 €. Mit Blick auf die vergangenen Haushaltsjahre ist das ein sehr niedriger und unproblematischer Wert.

3. Vorgehen der Verwaltung
Die betroffenen Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2012 werden durch die Ansätze dieser Änderungsliste ersetzt.

4. Lösungsvarianten
Bei einzelnen Ansätzen sind auch andere Einschätzungen des Mittelbedarfs in 2012 vertretbar.

5. Finanzielle Auswirkungen
siehe Darstellung unter 2.

6. Anlagen
Anlage 1:
Änderungsliste Verwaltungs- und Vermögenshaushalt; Änderungsliste Investitionsprogramm